

akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

11|2018



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P046271/Weinrother, Carl/CC-BY-SA 3.0

Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD Eine Bilanz

Zu diesem Thema fand am 17. März 2018 in Berlin eine Konferenz statt, die Prof. Dr. Eckhard Trümpler mit folgenden Worten eröffnete:

Das Jahr 2018 ist reich an historischen Daten. Zwei Ereignisse ragen aus der großen Zahl von wichtigen Jahrestagen heraus, und das zeichnet sich schon seit einiger Zeit ab: Das sind der 200. Geburtstag von Karl Marx und der 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD, Ereignisse, die ideell eng miteinander verbunden sind.

An Jubiläen, wie überhaupt an gesellschaftliche Ereignisse, Entwicklungen und deren Resultate, gehen wir bekanntlich von verschiedenen politischen und philosophischen Positionen heran, mit unterschiedlichen Absichten und Zielen, abhängig von Raum und Zeit, und gelangen in der Regel in manchen Fragen zu abweichenden, oft konträren Auffassungen. Das ist normal.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

Der Platz der Novemberrevolution

Auf der Konferenz am 17. März hielt Prof. Dr. Gerhard Engel einen Vortrag mit dem Thema: „Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte und im deutschen Geschichtsbewusstsein“, aus dem wir einen kurzen Auszug veröffentlichen.

Fragt man nach dem Platz der Revolution 1918, so ist nach ihren Aufgaben, Chancen, Leistungen und Grenzen zu fragen. Überfällig war, zunächst zu vollenden, was 1848/1849 unerledigt geblieben war. Fällig war eine bürgerlich-demokratische Republik, an die freilich höhere Ansprüche zu stellen waren als 1848. Nach dem wesentlich mit zu verantwortenden und verlorenen Weltkrieg musste den Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnlern jede Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung der Zukunft genommen werden. Also bedurfte die Revolution einer antiimperialistischen und antimilitaristischen Option, die auf die Veränderung der Gesellschafts- und Staatsverhältnisse abzielt, auf die Sozialisierung der wichtigsten Teile des Privateigentums an Produktionsmitteln, auf die nachhaltige Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft sowie auf sozialen

Fortschritt zum Wohle der Arbeitenden. Für eine solche Revolution bestanden angesichts der Stärke der vor allem von den Arbeitern getragenen Volksbewegung durchaus Chancen. Aber den Möglichkeiten standen etliche gravierende Realitäten im Wege, die das Erreichbare eingrenzten. Einige der wichtigsten seien aufgeführt.

1. Der fortgeschrittene Stand kapitalistischer Entwicklung war beträchtlich relativiert durch die kriegsbedingte Zerrüttung der Wirtschaft und durch die von einem imperialistischen Frieden zu erwartenden Folgen.
2. Der Staatsapparat war in seinem zivilen wie militärischen Bereich auch nach der Beseitigung der Monarchie in hohem Grade funktions-tüchtig.
3. Die als Kriegsparteien in Verruf geratenen bürgerlichen Parteien vermochten, nun als umbenannte „Volksparteien“ auftretend, ihre Massenbasis auf antikommunistischer Grundlage zu regenerieren.
4. Die russische Revolution inspirierte zwar den Kampf der entschiedenen Revolutionäre. Mehr noch aber wurde sie von den Gegnern und halbherzigen Befür-

wörtern der Revolution als Schreckgespenst genutzt. Sie verteufelten die Räte als den Vorhof einer terroristischen Antidemokratie. Eine aufgeputschte antikommunistische und antisemitische mediale Propaganda verwirrte und verunsicherte die öffentliche Meinung. Das traf nicht nur die Kommunisten, sondern auch die linksorientierten Mitglieder und Anhänger der SPD und der USPD.

5. Die deutsche Arbeiterbewegung war am Ende des Krieges weder politisch noch sozial ein Monolith, sondern mehrfach gespalten und durch schwere Richtungskämpfe zerrissen. Es war der kleinere Teil der Arbeiterklasse in verschiedenen Zentren der Revolution, der sich eindeutig für ein Weitertreiben

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

Menschenrechtspreis

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde verleiht am Montag, dem 10. Dezember 2018, dem 70. Jahrestag der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ihren Menschenrechtspreis an **Dr. Hans Modrow**, Ministerpräsident der DDR a.D. Laudator: Klaus Höpcke, stellv. Kulturminister der DDR a.D. Es ergehen gesonderte Einladungen

der Revolution bis zu einer sozialistischen Umwälzung einsetzte. Große Teile der Arbeiterklasse strebten nicht nach einer totalen Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, sondern waren für graduelle Reformen, die ihren Lebensalltag verbessern sollten.

6. Es darf auch nicht übersehen werden, dass weite Teile des flachen Landes von dem, was die Bezeichnung Revolution verdient, nicht erfasst waren. Dies ist bisher regionalgeschichtlich viel zu wenig untersucht worden. Als Beispiel führe ich das Territorium des heutigen Landkreises Teltow-Fläming an, in dem ich lebe. Damals reichte der alte Kreis Teltow bis an das Südufer der Spree, hatte also in seinem Norden z. B. mit Marienfelde ein industrielles Ballungsgebiet, in dem mit großer Heftigkeit die Kämpfe der Revolution ausgefochten wurden. In den südlich davon gelegenen Kleinstädten der Kreise Teltow und Jüterbog-Luckenwalde ist zwar ein demokratischer Aufbruch sichtbar, in dem viele Menschen lebenswichtige Aufgaben in die eigenen Hände nahmen und erste tastende Schritte in eine bürgerlich-demokratisch verfasste Gesellschaft gingen. Aber sehr bald ging dieser Aufbruch in eine relativ kameradschaftliche Zusammenarbeit der Räte mit den alten Kommunalgewalten über. Die Stadtverwaltung von Luckenwalde stellte in ihrem Rückblick auf die Monate der Revolution erleichtert fest, dass „die Ereignisse ruhig verlaufen sind und niemandem ein Haar gekrümmt worden ist. Das Zusammenarbeiten der Stadt und der führenden Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats vollzog sich dank des Verständnisses beider Teile in entgegenkommender und verbindlicher Form, und die führenden Beamten der Stadt haben es wohl aussprechen können, dass die besonnene Leitung der Massen durch den Arbeiter- und Soldatenrat die Stadt über die Zeit der Aufregung und der Unruhe glatt hinweg gebracht hat ...“

Es ist sowohl Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und Diskussion wie auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor allem Resultat gegensätzlicher politischer Standpunkte. Unsere heutige Thematik ist nicht nur historisch interessant:

Erstens und vor allem gilt es, die Erinnerung an die Revolution, an die revolutionären Ziele und Ereignisse, die Forderungen und Losungen der fortschrittlichen Kräfte, aber auch an das Treiben der Konterrevolution, ihr aggressives, antihumanistisches und barbarisches Wüten immer wieder wachzuhalten bzw. neu in Erinnerung zu rufen. Wissen wir doch, wie schnell Gelerntes in Vergessenheit gerät. Und gerade heute ist unsere Aktivität auf diesem Gebiet gefordert, da der zeitliche Abstand zu den vergangenen Geschehnissen zunimmt und Grundkenntnisse nicht mehr vorhanden bzw. gar nicht oder oft einseitig, entstellt vermittelt werden. Deshalb gilt unvermindert, mehr denn je, wie Jean Jaurès sagte: „Tradition bewahren, heißt nicht Asche aufheben, sondern eine Flamme am Brennen erhalten.“ (ND, 14.3.1984)

Zweitens ist es dringender denn je, Vereinfachungen und Entstellungen zu begegnen sowie sich vernachlässigten Fragen und Lücken in der Darstellung bzw. Forschung zu widmen. Das gilt insbesondere für die Darstellung der Rolle der von den agierenden Massen geschaffenen Organe, der verschiedenen politischen Parteien sowohl der bereits bestehenden wie auch der im Vorfeld und in der Revolution selbst entstandenen.

Drittens wissen wir, dass uns in verschiedenen Situationen unseres Wirkens gestern

und heute bestimmte Aspekte und Fragen des geschichtlichen Prozesses speziell, besonders stark interessieren. Das heißt, die Fragen, die wir an die Geschichte stellen, auf die wir mit ihrer Hilfe Antworten zu finden hoffen, sind selbst im Wandel begriffen. Schließlich wurden und werden dabei auch neue Fakten, neue Details gewonnen, neue Zusammenhänge bekannt, Einschätzungen präzisiert oder korrigiert.

Viertens schließlich geht es darum, sich damit zu befassen, welche kurz-, aber auch langfristigen Wirkungen und Resultate die Revolution und die Gründung der KPD zeitigten und vor allem, warum die Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft den uns bekannten Verlauf nahmen, warum es letztlich nicht gelang, die Abfolge von Krieg, Revolution, Konterrevolution zu durchbrechen.

Das ist wahrlich ein breites und schwer zu bearbeitendes Feld, auf dem wir uns heute nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal bewegen. Viele komplizierte Fragen der neuen und neuesten Geschichte sind oft und vielerorts diskutiert und beantwortet worden, wir stehen ja nicht am Anfang, sondern sind schon weit vorangekommen. Die Gegenwart zeigt, dass alte Gefahren in neuer, modifizierter Gestalt wieder erstarken, dass sich die Geschichte zwar nicht einfach wiederholt, doch dass sie nicht wenige Ähnlichkeiten und Analogien aufweist und demjenigen, der zu lernen bereit ist, Lehren zu vermitteln vermag, die auf die neuen Verhältnisse richtig, schöpferisch angewandt uns und anderen von erheblichem Nutzen sein können.

Aus den Ortsverbänden

AUFSTEHEN – Start in Potsdam

Am 28.9.2018 trafen sich in der Potsdamer Urania am Bassinplatz (Holländisches Viertel) ca. 100 Sympathisanten der linken Sammlungsbewegung AUFSTEHEN: Frauen, Männer, Junge, Ältere, Atheisten, Christen, Sozialisten, Kommunisten, Grüne, Sozialdemokraten, Pazifisten aus Potsdam, Brandenburg/Havel, Teltow, Kleinmachnow, Eberswalde u. a. Moderiert wurde diese lebendige Veranstaltung von Harald Neuber aus Potsdam und Constantin Braun (Mitarbeiter des MdB Fabio de Masi). Anfangs erhoben sich nacheinander alle Teilnehmer, nannten ihren Namen und sagten kurz, weshalb sie AUFSTEHEN unterstützen. Die häufigste Begründung lautete: „Ich stehe auf für Frieden und soziale Gerechtigkeit“.

Die Moderatoren gaben Informationen zum Stand der Bewegung, zum Strukturaufbau, zu geplanten Aktionen, zur Vernetzung, zum Rahmen (Gründungsaufruf), zur Basisverbundenheit. Danach entwickelte sich eine lebhaft aufgeschlossene und sachliche Diskussion, an der sich etwa 40 Personen beteiligten. Es

wurden nicht nur kluge Gedanken geäußert, sondern auch viele konkrete Vorschläge zur Stärkung dieser Bewegung und Angebote zum Mittag unterbreitet. Nach dem offiziellen Abschluss der Veranstaltung trafen sich zwanglos mehrere Gruppen, um sich kennenzulernen und über gemeinsame Vorhaben und Aktionen zu sprechen. So bot z. B. Pfarrerin Hildegard Rogenstein die Französische Kirche als Veranstaltungsort an, Dr. Dittmar Engerling empfahl den Bürgertreff in der Waldstadt als Treffpunkt für AUFSTEHEN, Bernd Lachmann (Stellvertreter der Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark) kündigte die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft FRIEDEN an. Der Ingenieur Dr. Klaus Erlenkamp empfahl, die seit vier Jahren stattfindenden Potsdamer Montagskundgebungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu beachten und für AUFSTEHEN zu nutzen. Es wäre wünschenswert, wenn die Medien dem Thema AUFSTEHEN die gebührende Aufmerksamkeit entgegen brächten.

Horst Jäkel

Hefte des Arbeitskreis Frieden

Mai bis September 2018

Nr. 225: Über Clara Zetkins Verständnis von Patriotismus, Internationalismus und Partei
Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Nr. 226: Russland ohne Europa? Auf der Suche nach der „russischen Idee“ – oder ist Russland nationalistisch?
Kai Ehlers

Nr. 227: Gedanken zum 200. Geburtstag. Für einen lebendigen Karl Marx
Dr. Klaus Blessing

Nr. 228: Gedanken zu Walter Ulbricht. Anlässlich seines 125. Geburtstages
Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Nr. 229: Lenins letzte Arbeiten
Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Wolgograd – Eine Stadt gegen das Vergessen

Anlässlich des 75. Jahrestags des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad folgte der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM mit ca. 40 Mitgliedern von GBM, GRH, Rotfuchs und ISOR einer Einladung des Oberbürgermeisters von Wolgograd Andrej Kosolapow zu einem mehrtägigen Besuch. Die Erinnerung an die Schlacht vor 75 Jahren ist gerade jetzt gegenwärtig. Von den Politikern in Deutschland wird nur selten an diese Geschichte erinnert. Die Teilnehmer unserer Reise waren jedoch der Meinung, ohne diese Geschichte kann man sich keine Zukunft vorstellen.

Mit diesem Besuch in Wolgograd wollten wir auch die Bundesregierung daran erinnern, dass am 9. November 1990 von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow in Bonn ein Vertrag unterzeichnet wurde, in dem beide Staaten versicherten, durch Verständigung und Versöhnung einen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas und eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung und Sicherheit zu leisten. Dieser Vertrag ist immer noch in Kraft. Aber die Tatsachen sehen anders aus. Russland sieht sich von Deutschland und der NATO bedroht. Deutsche Soldaten stehen an der russischen Grenze. Statt gute nachbarschaftliche Beziehungen, Versöhnung und Verständigung erleben wir einen Krieg der Worte und Sanktionen.

In Wolgograd besuchten wir wichtige Sehenswürdigkeiten. Fast jeder Ort der Stadt – von der Allee der Helden, dem Mamajew-Hügel, dem Soldatenfriedhof bis zur Straße der Roten Armee – hält die dramatische Geschichte der Stadt wach. Auf dem Platz der gefallenen Kämpfer der Roten Armee, umgeben von Gebäuden des sozialistischen Klassizismus, legte unsere Gruppe gemeinsam mit Vertretern der Duma Wolgograds am Ehrenmal ein Blumengebinde nieder. Unter den Klängen der „Träumerei“ von Robert Schumann betreten wir den Mamajew-Hügel, das meistbesuchte Ehrenmal in Russland. Tiefbewegt ehrten wir die gefallenen Helden der Roten Armee

mit einem Rosenbukett. Diese Gedenkstätte ist das Werk des berühmten sowjetischen Bildhauers Jewgenij Wutschetitsch, der auch das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow schuf. Schon kilometerweit sieht man die gigantische Frauenfigur mit dem erhobenen Schwert „Mutter Heimat“, eine der größten Statuen der Welt. Diese besteht aus 5.500 t Beton und 2.400 t Metallkonstruktionen.

Auf der Wolga unternahmen wir eine Bootsfahrt mit einem herrlichen Blick auf die Stadt rechts und links der Wolga, unter anderem auf das für die Fußball-Weltmeisterschaften 2018 gebaute Stadion, moderne Häuser und der Sandstrand des Erholungsgebiets am rechten Ufer. Unmittelbar an der Uferpromenade liegt das Panorama-Museum mit dem Museum, das der Schlacht um Stalingrad gewidmet ist. Der Besuch veranschaulichte uns, dass diese Schlacht bei den Bewohnern bis heute tiefe Spuren hinterlassen hat. In düsterer Bunkeratmosphäre werden die Kampfhandlungen mit einer Vielzahl von Exponaten, Trophäen und Fundstücken nachgestellt. Im Turm sahen wir das riesige 360°-Gemälde so, als würden wir uns auf dem Mamajew-Hügel befinden.

Wir besuchten auch das städtische Kinder- und Jugendzentrum, wo wir von einer 83-jährigen Veteranin, die schon viele Jahre den „Club der Völkerfreundschaft“ der Kinder leitet, empfangen wurden. Mit Begeisterung sprach sie von den langjährigen Kontakten zu der Partnerstadt Karl-Marx-Stadt, die von vielen Kindern als Auszeichnung für gute Leistungen besucht werden darf. In der Aula fand ein Treffen mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Abgeordneten der Stadtduma, dem Vorsitzenden der Friedensstiftung sowie Kriegsveteranen, Kindern und Jugendlichen statt. Einige Veteranen hatten als hochrangige Offiziere in der Schlacht um Berlin gekämpft und nach dem Sieg noch einige Jahre in Berlin-Karlshorst gedient. Sie brachten sie zum Ausdruck, nicht gegen das deutsche Volk gekämpft zu haben, sondern gegen



Fotos: Autoren

den Faschismus. Großes Interesse zeigten die Abgeordneten der Duma für die Aufnahme neuer und die Vertiefung der vorhandenen Beziehungen in allen Bereichen des Lebens. Höhepunkt dieser Veranstaltung war das Auftreten der Kinder-Folklore-Gruppe mit Liedern und Tänzen ihrer Heimat. Wir bedankten uns mit Geschenken. Ronald Paris hatte für dieses Treffen mehrere Lithografien und einen Katalog seiner Bilder mit persönlicher Widmung gestiftet. Dafür herzlichen Dank! Der Aufenthalt der Gruppe in Wolgograd endete mit einem Besuch des Theaters der Don-Kosaken, wo

der Direktor die Gruppe persönlich mit Kosakenliedern empfangen hat. Das erinnerte uns an unseren Aufenthalt im Kosakendorf in der Nähe Wolgograds, das wir tags zuvor besuchten und das Leben der Kosaken mit viel Spaß, Speis und Trank kennenlernten. Die Tage in Wolgograd vergingen viel zu schnell. Die aufrichtige Haltung uns gegenüber, die Herzlichkeit und das Interesse an der Fortführung unserer Beziehungen war für alle Teilnehmer der Reise bewegend.

**Gisbert Graff und
Hans-Günter Schleife**

Aus dem Bundesvorstand

Der Bundesvorstand beschäftigte sich am 16.10.2018 mit den Finanzen der GBM, der engeren Zusammenarbeit mit der GRH und ISOR und tauschte Meinungen und Standpunkte zur aktuellen Bewegung AUFSTEHEN aus.

Unsere Schatzmeisterin Dr. Renate Filina legte in ihrem Bericht dar, dass die GBM mit Stand 30. September eine gute Bilanz ziehen kann: die Einnahmen liegen bei 83 %, die Ausgaben bei 68 %, so dass unter Beachtung der im 4. Quartal noch anstehenden Finanzbewegungen unser Plan eingehalten wird. Das Spendenaufkommen liegt bei 90 %. Aus gegebenem Anlass wies die Schatzmeisterin eindringlich darauf hin, dass die Finanzordnung, speziell die Kostenplanung, einzuhalten ist. Das bedeutet, dass zu Beginn eines neuen Jahres wichtige Maßnahmen im zentralen Rahmen und der AK festgelegt werden müssen. Für gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Organisationen ist auf der Grundlage von Kostenvorschlägen unser Beitrag zu bestimmen. Mittel für unvorhergesehene (nicht geplante) Maßnahmen im Laufe des Jahres sind auf der Grundlage eines Kostenvorschlags beim Bundesvorstand zu beantragen.

Der Vorstand beschloss eine Veränderung der Reisekostenordnung bezüglich der Erstattung von Fahrkosten bei Benutzung von Privat-PKW: mit sofortiger Wirkung (16.10.2018) werden je gefahrenen Kilometer 0,20 € und für jede mitgenommene Person 0,05 € erstattet.

Die GBM wird die Rosa-Luxemburg-Konferenz 2019 mit 300 € unterstützen.

In Anbetracht der akuten politischen und sozialen – sich ständig verschärfenden – Situation in der BRD und in der BRD haben die Vorsitzenden von GRH, GBM und ISOR einen informellen Gedankenaustausch durchgeführt. Es ging vor allem darum, wie gestützt auf die vielen guten Erfahrungen, das gemeinsame solidarische Handeln der Mitglieder der Organisationen vor Ort weiter entwickelt werden kann. Im Ergeb-

nis wurde eine Vereinbarung für eine engere Zusammenarbeit entworfen. Der Inhalt des Entwurfs wurde in den Akzenten 10/2018 bekanntgemacht. Gedanken und Vorschläge aller Mitglieder sind ausdrücklich erwünscht. Die Zeit verlangt es, unsere Erfahrungen im solidarischen Miteinander weiter zu entwickeln, auch andere gleichgesinnte, gesellschaftliche Kräfte zu gewinnen.

Der Vorstand diskutierte über die von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine ins Leben gerufene Bewegung AUFSTEHEN, die seit ihrer Gründung ein durchaus breites Echo fand. Lt. Sahra Wagenknecht gibt es inzwischen über 150.000 Anmeldungen. Die im fundierten Gründungsauftrag „Gemeinsam für ein gerechtes und friedliches Land“ u. a. angeführten Punkte – Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt, Frieden und Abrüstung, die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – gehören auch zu unseren ureigensten Anliegen. Der Vorstand geht davon aus, dass viele Mitglieder der GBM ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben.

Zu der Demonstration am 13.10.2018 in Berlin „UNTEILBAR – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“ hatten ca. 500 Organisationen aufgerufen und nahmen bis zu 250.000 Personen teil. Der Vorstand ist zur Überzeugung gelangt, dass dem Aufruf UNTEILBAR zwar entscheidende Positionen fehlten, wie z. B. Grundgedanken zu Krieg und Frieden, die Benennung der Verantwortlichen für den massiven Sozialabbau der letzten Jahre, für Fluchtursachen und für die verhängnisvolle Rechtsentwicklung der Gesellschaft in der BRD, die Demonstration dennoch ein beachtliches Zeichen setzte. Um eine andere Politik in unserem Lande möglich zu machen, ist es aber notwendig, von den Gemeinsamkeiten auszugehen und eine breite Bündnisbewegung für die Durchsetzung der Menschenrechte für alle Menschen zu organisieren. In diesem Sinne werden wir uns als GBM positionieren.

Leserbrief

Dr. Helmut Koch

Unser Leser Dr. Helmut Koch aus Eberswalde übersandte uns seine Gedanken zur

Sammlungsbewegung AUFSTEHEN – sinnvoll und mit Aussicht auf Erfolg

Die 240.000 Demonstranten in Berlin gegen Rechts und für soziale Gerechtigkeit, der hohe Anteil von Nichtwählern, aber leider auch die zunehmende Anzahl von irregulären Protestwählern der AfD beweisen, dass eine große Zahl von Deutschen das Vertrauen zur großen Koalition von Union und SPD und deren Politik verloren hat, aber auch den demokratischen Oppositionsparteien skeptisch gegenüberstehen. Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass sich in der „reichen BRD“ etwa bei einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahrzehnten der Lebensstandard nicht verbessert, ja teilweise sogar verschlechtert hat und dass 16% der Bevölkerung in Armut lebt, während sich die Zahl der Millionäre und Milliardäre vervielfacht hat. Der Grundgedanke, eine Sammlungsbewegung AUFSTEHEN zu gründen und einen Teil dieser ausgegrenzten Bürger für eine kritische und konstruktive andere Politik zu gewinnen, ist deshalb nicht nur sinnvoll, sondern auch Erfolg versprechend. Das drückt sich auch darin aus, dass nach relativ kurzer Zeit 150.000 Bürger ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben.

Entgegen den Meldungen mancher Medien ist die Initiative für diese Bewegung nicht nur von Sahra Wagenknecht von der Linkspartei ausgegangen, sondern auch von angesehenen Funktionären von SPD und Grünen sowie Parteilosens. Das gilt beispielsweise für die Gegenkandidatin für die SPD, die immerhin 25% der Stimmen der Delegierten erhielt, sondern auch für das Gründungsmitglied der Grünen Volmer, die gleichberechtigt mitwirkten. Ich sehe deshalb künftig reale Möglichkeiten, dass die Sammlungsbewegung nicht etwa Konkurrent oder gar Gegner solcher Parteien wie SPD, DIE LINKE und Grüne sondern Mitstreiter für eine neue Politik und linke Mehrheiten für wirkliche soziale Gerechtigkeit auf den Gebieten von Mieten, Renten, Löhnen, Steuern oder der Pflege eintreten.

Ich freue mich, dass auch im Kreis Barnim ein erstes Basistreffen für AUFSTEHEN mit 15 Teilnehmern stattgefunden hat. Ich persönlich werde trotz meines hohen Alters und den damit verbundenen begrenzten Möglichkeiten die Sammlungsbewegung unterstützen, z. B. in der Öffentlichkeitsarbeit in den Medien.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Ruth Heinrich
Halle

Margot Knorr
Leipzig

Renate Leuschner
Berlin

Dr. Erich Napierkowski
Berlin

Herbert Naumann
Oranienburg

Prof. Dr. Werner Scheler
Berlin

Paul Schotte
Petersberg

Gerhard Tautenhahn
Nauen

Horst Winter
Bürow

Karl-Heinz Wollmann
Halle

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats **November 2018**.



zum 98. Geburtstag
Karl Aschenbach, Dresden

zum 97. Geburtstag
Ilse Hüttig, Dresden

zum 95. Geburtstag
Ruth Haas, Berlin
Franz Rohde, Berlin

zum 94. Geburtstag
Franz Becker, Halle
Siegfried Heger, Berlin
Gudrun Hirche, Berlin
Erna Schaknys, Gera
Martin Wilke, Strasburg

zum 93. Geburtstag
Kurt Krause, Chemnitz
Hans Mende, Dresden
Margarete Schröter, Berlin

zum 92. Geburtstag
Gisela Breitenstein, Berlin
Ilse Götz, Berlin
Irmgard Grützmacher, Berlin

Dr. Günter Gumpel, Berlin
Ursula Hempelt, Dresden-Gompitz
Annemarie Herrmann,
Neubrandenburg
Gertrud Simon, Schwerin

zum 91. Geburtstag
Ingetraud Gutzmann, Wildau
Marianne Kopitz, Berlin
Wilhelm Tonne, Wanzleben
Paul Zastrow, Blumberg-Elisenau

zum 90. Geburtstag
Dr. Dieter Frielinghaus, Brüssow
Ursula Henschel, Berlin
Günter Wollert, Berlin

zum 89. Geburtstag
Heinz Adolph, Frankfurt/Oder
Gerhard Ansprach, Ostseebad Sellin
Ingeborg Berg, Waren
Gudrun Bibrack, Leipzig
Dr. Anneliese Franke, Berlin
Achim Haeßner, Berlin
Jutta Hartmann, Berlin
Dina Lask, Berlin

Wolfgang Mewes, Potsdam
Georg Mücke, Berlin
Wolfgang Niedostatek, Dresden
Heinz Rompusch, Irxleben
Gerhard Schröder, Rostock
Lotte Träger, Dresden
Harry Zimmermann, Leipzig

zum 88. Geburtstag
Artur Dynowski, Berlin
Hans Ibendorf, Schwerin
Helmut Nebe, Berlin
Joachim Pruger, Coswig
Elisabeth Reimann, Chemnitz
Jutta Rüdiger, Berlin
Erhard Scholz, Zepernick
Anneliese Schneider, Bernau
Gerhard Schultz, Bernau
Jürgen Stroech, Berlin
Christa Walther, Berlin
Wilfried Weißflog, Hennigsdorf

zum 87. Geburtstag
Dieter Itzerott, Torgau
Lieselotte Michaelis, Halle
Wolfgang Neupert, Plauen

Eva Normann, Berlin
Fritz Seiffert, Berlin
Ronald Weidemann, Berlin
Hans-Joachim Zietlow, Berlin

zum 86. Geburtstag
Susi Barthel, Berlin
Lothar Döring, Berlin
Dr. Gisela Hering, Berlin
Rudolf Müller, Berlin
Dr. Karl Richter, Wildau
Gerda Rohland, Cottbus
Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin
Ursula Thaetner, Berlin
Kurt Truxa, Berlin

zum 85. Geburtstag
Hannelore Gürnth, Berlin
Christel Lamnek, Berlin
Ingrid Witscher, Eibenstock



Bilder gegen das Vergessen

Ein regnerischer Tag in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Besucher aus vielen europäischen Ländern sind gekommen. Schülergruppen sind dabei; ihr unbeschwertes Geplauder wird leiser und verstummt schließlich. Eine lange Lagerstraße, an der Mauer versehen mit Fotodokumenten aus der Geschichte des KZ, führt zu den Museen und Gedenkstätten. Die Sonderausstellung »Écraser l'infâme« (Zerstört die Infamie), benannt nach einem graphischen Zyklus von Rudolf Carl Ripper, ist seit dem 9. September 2018 zu sehen. Vor dem Eingang steht die kleinere Gipsfassung des Holocaust-Mahnmals des polnischen Künstlers Louis Mittelberg, dessen größere Bronzeausführung man auf dem Friedhof Père Lachaise in Paris findet. Eine Arbeit Rippers trägt den Titel »Les Chrétiens allemands«: Adolf Hitler spielt auf einer monströsen Orgel die Symphonie des Todes vor einem Riesenrad, an dem Hingerichtete hängen, im Hintergrund ein Richter. Auf einer Jahrmarschschaukel sitzt Göring als Clown. Leonhard Frank bezeichnete in seinem Roman »Links, wo das Herz ist« diese Gestalten als »bluttriefende Untiere des Naziregimes«. In der Ausstellung werden etwa 140 Werke von Künstlern aus Polen, der Tschechischen Repu-

blik, den Niederlanden und Deutschland präsentiert, die in den Konzentrationslagern Oranienburg oder Sachsenhausen inhaftiert waren. Begleitet von biografischen Notizen sind Arbeiten von Jan Budding, Peter Edel, Hans Grundig, dessen Tod sich 2018 zum 60. Mal jährte, von Leo Haas, Vladimír Matějka, Rudolf Carl Ripper, Viktor Siminski und Karel Zahradka zu sehen. Den Objekten sind Arbeiten aus der Zeit vor und nach der Haft beigegeben. Der Kuratorin dieser Ausstellung Agnes Ohm ist es wichtig, die gezeigten Werke auch als Kunst zu würdigen, nicht nur als historische Quellen. Bald wird es keine Überlebenden mehr geben. Die Radierungen von Ripper sind nach verschollenen Zeichnungen aus den Jahren 1934/35 entstanden. Ripper erlebte Terror und Folter im Berliner Columbia-Haus und im KZ Oranienburg und wählte zu seiner Tarnung eine surreale Bildsprache. Die Ausstellung zeigt auch eine so genannte Tarnschrift, die unter einem Umschlag des Reclam-Bändchens zu Goethes »Hermann und Dorothea« über unmenschliche Zustände berichtet, besonders über Grausamkeiten an Juden. Jan Budding bekannte: »Das Malen und Zeichnen, das war meine Möglichkeit, der Wirklichkeit zu entfliehen... Wenn ich nicht hätte zeichnen können, hätte ich den Krieg nicht überlebt.«

Leo Haas, Maler, Graphiker und Pressezeichner, überstand Theresienstadt und Auschwitz und gehörte 1944/45 dem von der SS zur Herstellung von falschen Zahlungsmitteln installierten »Fälscherkommando« in Sachsenhausen an. Er war als »Judenbolschewik« verschrien. Von ihm sind u. a. Radierungen zu sehen; sie entstanden nach Zeichnungen, die er in Theresienstadt geschaffen, vor seinem Transport nach Auschwitz eingemauert und nach seiner Befreiung aus ihrem Versteck geholt hatte. Peter Edel versteckte seine Arbeiten in einer Holzkiste mit doppeltem Boden. Vladimír Matějka legte in seinem Zyklus »Es gibt einen Weg zur Freiheit« nach dem Krieg Zeugnis ab über die Realität im Lagerleben, über perfide Bestrafungen. Auch Hans Grundig verarbeitete das im Lager Erlebte in metaphorischen Werken. Es gab viel Neues und Bedeutendes zu entdecken. Die Werke der Sachsenhausener Sammlung wurden sinnvoll durch Leihgaben ergänzt. Solche Ausstellungen sind – nicht nur für die kunstgeschichtliche Forschung – auch in Zukunft wichtig. In anderen Konzentrationslagern waren ebenso Künstler inhaftiert, z. B. Herbert Sandberg und Michail Sawizki. Die Gestaltung der Ausstellung ließ Wünsche offen; es gab eine verwechelte Bildunterschrift zu den Arbeiten Rippers; bei einigen Perso-

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.
 Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
 Tel.: 030 2978-4688
 Fax: 030 2978-4689
 E-Mail: gbmev@t-online.de
 Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEBE XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
 Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

27. Oktober 2018

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe

30. November 2018

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
 Druck und Kommunikation
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Tel. 030 2978-2940


Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

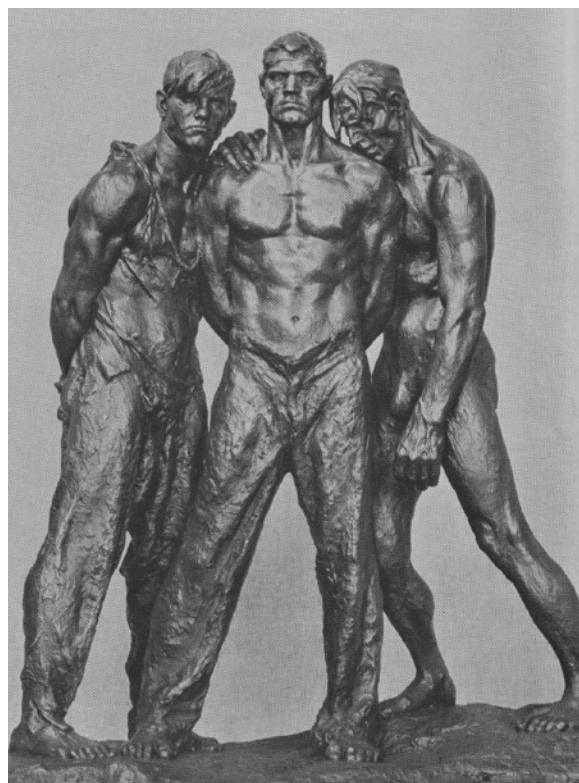
Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

nal-Kojen musste man sich die dazugehörigen Werke zusammensuchen. Durch fehlende Sitzgelegenheiten lädt sie nicht zum längeren Verweilen ein. Vielleicht wäre es gut gewesen, einen gestandenen Ausstellungsgestalter hinzuzuziehen. Doch diese Hinweise verkleinern nicht die große Bedeutung der Ausstellung. Sie reiht sich ein in den großen Bereich der Erforschung „entarteter Kunst“. Mit diesem Schlagwort brandmarkten die Nazis Künstler als dekadent und undeutsch. Das war ein Angriff auf die Moderne. Künstler, die Regimegegner waren, erhielten Berufsverbot, wurden verfemt und verfolgt. Viele wählten die Emigration oder den Freitod, um der Verfolgung zu entgehen. Und es ist gut, dass die Sachsenhausener Ausstellung 2019 in der Gedenkstätte Theresienstadt und im MOCAM-Museum Krakau gezeigt wird und 2020 ins Zentrum für verfolgte Künste in Solingen weiterwandert.

Die Gedenkstätte Sachsenhausen besitzt großartige Werke von Bildhauern, u. a. von René Graetz und Waldemar Grzimek, die würdevoll platziert sind. Im Innenhof des Museumsgebäudes, der als Erholungsareal genutzt wird, steht jedoch zwischen Cafétischen und Stühlen die eindrucksvolle, 1957 geschaffene bronzene Plastik „Die Kraft der Todgeweihten“ des russischen Künstlers F.D. Fiweiski. Diese lebensgroße Erschießungsszene, deren Erstguss zum Besitz des Russischen Museum St. Petersburg gehört, sollte schnell einen anderen Standort finden, bevor sie weiter entehrt wird.

Maria Michel

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 



„Die Kraft der Todgeweihten“
 von F. D. Fiweiski

Foto: Russisches Museum, Skt. Petersburg

Écraser l'infâme! Künstler und das Konzentrationslager – die Kunstsammlung der Gedenkstätte Sachsenhausen Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg, bis zum 6. Januar 2019, Eintritt frei, geöffnet bis 14.10.2018 tägl. 8.30–18.00 Uhr, ab 15.10.2018 8.30–16.30 Uhr

13 Mitglieder

13 Mitglieder überwiesen im Oktober 2018 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:

Begünstigter: GBM e.V.
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEBE XXX
 Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1 Zeile):
 Spende

Verwendungszweck (2 Zeile):
 St.-Nr. 27/666/53250

November 1918 Revolution und Konterrevolution in Deutschland

Eine Veranstaltung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution am **22. November 2018**, im nd-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1 in 10243 Berlin, 15 Uhr im Seminarraum 1

Es spricht Prof. Dr. Gerhard Engel über **Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte und im deutschen Geschichtsbewusstsein**

Unterstützt wird die
 Veranstaltung durch